

Antrag Nr.



FRAKTION IM RAT DER STADT ESSEN

Herrn Oberbürgermeister
Reinhard Paß

Rathaus

Severinstr. 1, 45127 Essen

Telefon (02 01) 17 54 33 11

Fax (02 01) 17 54 33 18

http:// www.linksfraktion-essen.de

E-Mail info@linksfraktion-essen.de

07.06.2011

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Zuständigkeiten

| | | |
|---------------|---------------|--------------|
| Rat der Stadt | 12. Juli 2011 | Entscheidung |
|---------------|---------------|--------------|

TOP: Personalentwicklung der Stadt Essen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Paß,

die Fraktion DIE LINKE stellt für die kommende Ratssitzung den folgenden Antrag:

Der Rat möge beschließen:

Der am 30.06.2010 im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse 2010/11 auf Antrag der Fraktionen von CDU/GRÜNE/FDP/EBB mehrheitlich gefasste Ratsbeschluss zum Haushaltssicherungskonzept „1000 Stellen sparen bis 2015“ wird zugunsten einer personalwirtschaftlichen Planung mit Realitätsbezug aufgehoben. Betriebsbedingte Kündigungen blieben damit ausgeschlossen sowie die Übernahme von städtischen Auszubildenden grundsätzlich möglich.

Begründung:

Gemäß der Vorlage 1818/2010 zum Haupt- und Finanzausschuss vom 18.10.2010, käme die Beibehaltung und Umsetzung des o.g. Beschlusses u. a. einem Einstellungsstopp für die bei der Stadt Essen ausgebildeten MitarbeiterInnen des Verwaltungs- sowie des technischen Dienstes gleich. Zudem wären zur Erreichung dieses Ziels bis 2015 betriebsbedingte Kündigungen erforderlich.

Die mit dem Beschluss gemachten monetären Vorgaben (2,1 Mio., 2,6 Mio., 3,4 Mio.) können laut selbiger Vorlage im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts von 2011 bis 2013 für den Personalhaushalt gleichwohl „erreicht“ bzw. sogar übertroffen werden.

Ausweislich der Vorlage 0395/2011 OPO/ Personalkostenentwicklung, vom 09.03.2011 heißt es ausdrücklich:

„Die finanziellen Vorgaben der im HSK 2010/2011 ff. beschlossenen Maßnahmen

- Keine Wiederbesetzung jeder 2. durch Fluktuation frei werdenden Stelle
- (...)

zur Reduzierung der Personalkosten konnten insgesamt vollständig realisiert werden.“

Unstrittig ist also, dass der o.g. Beschluss „1000 Stellen sparen bis 2015“ kontraproduktiv und sachfremd ist, und somit kein realistisches Szenario der Umsetzung zulässt.

Mit freundlichen Grüßen,

Hans Peter Leymann-Kurtz
(Fraktionsvorsitzender)

Gabriele Giesecke
(stellvertretende Fraktionsvorsitzende)